

Postwachstumsgesellschaft

Prof. Angelika Zahrt

**Vortrag anlässlich der Auszeichnung von ÖKOPROFIT-Unternehmen
am 05.12.2011 in Erfurt**

Ich weiß, dass ein Vortrag zur Postwachstumsgesellschaft unzeitgemäß wirkt:

- die Finanzkrise und die Schuldenkrise führten und führen zu Einbrüchen in der Wirtschaftsentwicklung und die Politiker setzen alles daran, mit Sparprogrammen und Rettungsschirmen zu einer Stabilisierung und wieder zu „normalem Wachstum“ – wie es der badenwürttembergische Finanzminister Schmid kürzlich nannte – zu kommen.
- die neue Hoffnungsformel heißt „Grünes Wachstum“, in der Bundesrepublik sind alle Parteien dafür, von der CDU bis zu den Grünen, international soll die „Green Economy“ die Lösung für die Konferenz im Juni 2012 zu Rio + 20 und die Lösung für die wachstumsschwachen Industriestaaten sein, ebenso wie für die wachstumsstarken Schwellenländer wie auch für die Entwicklungsländer, die noch nicht auf Wachstumskurs sind.

Trotzdem gibt es gute Gründe, sich mit der Politik des Wirtschaftswachstums kritisch auseinanderzusetzen und über eine Postwachstumsgesellschaft nachzudenken – eine Gesellschaft, die eine Stabilität und Unabhängigkeit vom Wirtschaftswachstum hat, und die die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit des Planeten einhält.

Mit der Frage von Wachstum und Wohlstand beschäftigte sich schon der frühere Bundeskanzler und „Miterfinder“ der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard. Er schrieb in seinem Buch „Wohlstand für alle“ im Jahr 1957:

„Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zurecht die Frage gestellt wird, ob es noch immer nützlich und richtig ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt‘ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.“ Und weiter: „...dann werden wir in ferneren Tagen auch zu einer Korrektur der Wirtschaftspolitik kommen müssen. Niemand dürfte dann so dogmatisch sein, allein in der fortdauernden Expansion noch länger das Heil erblicken zu wollen.“

Erhards Nachdenklichkeit kam in den 50er/60er Jahren nicht an, seine Appelle zum Maßhalten wurden als kleinkariert abgetan. Heute diskutieren wir die damaligen Überlegungen zu Wohlstand und Wachstum wieder, vor dem Hintergrund der ökologischen und ökonomischen Krisen. Diese Debatte findet in vielen Ländern statt, sie ist keine provinzielle deutsche Eigenart. Es ist keine Debatte, die sich politisch festmachen lässt, sie findet genauso in der eher linksalternativen Bewegung wie in konservativen Kreisen statt. Sie ist keine Debatte in der Nische, spätestens seit Präsident Sarkozy 2009 die Stiglitz-Sen-Fitoussi –Kommission mit drei Nobelpreisträgern eingesetzt hat, zur Überprüfung des Maßstabs Bruttoinlandsprodukts, seit die OECD sich mit „Beyond Growth“ beschäftigt und seit es die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ gibt. Es ist die Debatte, ob das Ziel unserer wirtschaftlichen Aktivitäten, das Bruttoinlandsprodukt das richtige Ziel ist und ob sich das wirtschaftliche Wachstum unbegrenzt fortsetzen lässt in einer begrenzten Welt.

Hinter den offiziellen Beschwörungsritualen, dass nur die Finanzkrise erst einmal überwunden sein muss und dann die Rückkehr zu einem stabilen Wachstumspfad in der Bundesrepublik Deutschland von 1%, 2% oder sogar 3% einsetzen würde, verbergen sich Zweifel, ob ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum in den Industrieländern möglich ist – und ob es wünschbar ist, ob der Planet weiteres Wirtschaftswachstum in den Industrieländern und neues Wirtschaftswachstum in Schwellenländern und Entwicklungsländern verträgt. Wachstum, das in diesen Ländern nötig ist, um aus der Armut herauszuwachsen.

Diese Zweifel entspringen nicht kulturpessimistischen Anwandlungen, sondern beruhen auf Fakten unterschiedlichster Art. Diese Fakten will ich im Folgenden kurz beleuchten.

Vorab eine Klärung, worüber wir bei Wirtschaftswachstum sprechen, vom Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Das Bruttoinlandsprodukt ist eine statistische volkswirtschaftliche Größe, der Wert der in einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen pro Jahr. In der BRD waren dies 2009 2400 Milliarden Euro.

Zu den Fakten

1. Es gibt einen Trend zu sinkende Wachstumsraten in den Industrieländern. Dabei ist es wichtig, zwischen relativen und absoluten Werten zu unterscheiden.

In allen Industrieländern haben wir die Tendenz zu abnehmenden Wachstumsraten, wegen ausgebauter Infrastrukturen, gesättigter Märkte und abnehmender Bevölkerung.

In diesem historischen Licht müssen auch die hohen Wachstumsraten z.B. in der BRD nach dem zweiten Weltkrieg gesehen werden oder jetzt die hohen Raten der Schwellenländer wie China und Indien, die von einer niedrigen Basis heute ausgehen.

Wenn man nicht die Wachstumsraten ansieht sondern die absoluten Werte, ergibt sich ein anderes Bild: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug im Jahr 2009 in Deutschland ca. 40.000 Dollar, in China ca. 3.700 Dollar, also in Deutschland das 10fache. Entsprechend bedeutet eine Wachstumsrate von 10% des Bruttoinlandsprodukts in China pro Kopf eine Erhöhung um 370 Dollar. In Deutschland braucht es für die gleiche Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf nur eine Wachstumsrate von 0,9%.

2. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist kein Indikator gesellschaftlicher Wohlfahrt. Er wurde auch nicht als solcher entwickelt, sondern im zweiten Weltkrieg als Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer Kriegswirtschaft. Trotzdem wird das Bruttoinlandsprodukt in Politik und Gesellschaft als Wohlstandsmaß genommen, und daran gibt es viele Kritikpunkte:

- Wohlfahrtsschädliche Wirtschaftsleistungen sind im Bruttoinlandsprodukt enthalten (z.B. Unfälle, Gesundheitsausgaben, Umweltkatastrophen)
- Ressourcenabbau Bestandsverzehr ist nicht im BIP abgebildet (z.B. Verzehr fossiler Energie und Ressourcen)
- Wohlfahrtssteigende (Wirtschafts)Leistungen sind nicht im BIP enthalten, wenn sie nicht bezahlt werden (z.B. Ehrenamt, Hausarbeit, Familienarbeit)
- Wohlfahrtsbestimmende Faktoren sind nicht im BIP erfasst (z.B. Gesundheit, Zufriedenheit, Bildung, sozialer Zusammenhalt, ausgeglichene Verteilung)

Auch wenn diese Kritik den Bürgerinnen und Bürgern im Einzelnen nicht präsent ist, so glauben doch fast 2/3 (61%) der Bundesbürger nicht, dass eine weitere Steigerung des Bruttoinlandsprodukts für sie persönlich eine Verbesserung der Lebensqualität bedeutet (so eine Emnid-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vor einem Jahr), d.h. es gibt ein gesamtwirtschaftliches Ziel, von dem sich die Einzelnen keinen Nutzen versprechen.

3. Wirtschaftliches Wachstum verursacht ökologische Probleme, denn das Wachstum führt zu Ressourcenverbrauch (nicht nur Energie), zu Abfällen und Emissionen (die Probleme zeigen sich hier am deutlichsten bei der Klimaerwärmung) und Naturzerstörung mit einem Verlust von Biodiversität. Bisher war es nicht möglich, eine absolute Entkoppelung des Wachstums von diesen negativen Folgen zu erreichen. Statistische Untersuchungen zeigen den sogenannten Rebound-Effekt: Technische Verbesserungen werden durch menschliches Verhalten

kontakariert. Ein Beispiel sind effizientere Autos, mit denen mehr gefahren wird; energieeffiziente Kühlschränke, bei denen Verbraucher und Verbraucherinnen sich ermuntert fühlen wegen der Energieeffizienz einen größeren zu kaufen als sie zunächst vorhatten. Diese Effekte können in vielen Bereichen nachgewiesen werden, von daher sind die Hoffnungen auf ein Green Growth nicht abgesichert, denn nötig ist nicht nur eine relative Verbesserung der Effizienz, sondern eine absolute Verringerung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen, wie z.B. beim CO₂-Ausstoß von 90% bis zum Jahr 2050. Deshalb reicht technische Effizienz alleine nicht, ein kluger Lebensstil muss dazu kommen.

4. Abgesehen von diesen verschiedenen inhaltlichen Kritikpunkten wird immer deutlicher, dass Wirtschaftswachstum die Versprechungen als vielseitiger Problemlöser nicht erfüllt:
- die Garantie von steigendem Wohlstand und Lebensqualität; hier zeigen Untersuchungen in verschiedenen Industrieländern, dass dieser Zusammenhang nur bis zu einer bestimmten Höhe des materiellen Wohlstands gegeben ist, die in Westeuropa Mitte der 70er Jahre erreicht war,
 - die Sicherung und Herstellung von Vollbeschäftigung; hier zeigt ein Blick in die Vergangenheit, dass auch höhere Wachstumsraten nicht erfolgreich waren, Vollbeschäftigung herzustellen und Arbeitslosigkeit zu beseitigen,
 - die Gewährleistung von sozialem Ausgleich; auch hier zeigt ein Blick in die Statistik, dass die Schere in der Einkommens- und Vermögensverteilung auseinandergeht,
 - das Erreichen eines ausgeglichenen Staatshaushalts und von Schuldenabbau; auch in Zeiten des von Wirtschaftswachstum sind weitere Schulden gemacht worden und in wachstumsschwachen Zeiten wurden – um höheres Wirtschaftswachstum zu erreichen – staatliche Wachstumsprogramme mit Schulden finanziert.

Fragen

Soweit die inhaltlichen Kritikpunkte zum Konzept des Bruttoinlandsprodukts und die Fakten.

Dabei drängt sich die Frage auf: Warum halten wir trotz aller Fakten und beunruhigender Prognosen am Wirtschaftswachstum fest?

Warum ist im Jahr 2009, dem Jahr der Krise, ein Bruttoinlandsprodukt von 2,4 Billionen Euro ein Desaster, obwohl wir mit etwa dem gleichen Bruttoinlandsprodukt 2006 doch gut zurande kamen und zufrieden waren – und niemand von Krise sprach und sich niemand rückblickend an eine Krise erinnern kann?

Warum sind wir alle so fixiert auf dieses Wirtschaftswachstum – Politiker, Banker, Manager, Ökonomen, wir alle als Unternehmer und Unternehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Konsumenten und Konsumentinnen?

Warum haben wir keinen Plan B – für den Fall, dass es nicht gelingt, wieder normale Wachstumsraten zu erreichen?

Mögliche Antworten

Weil wir abhängig sind von gesellschaftlichen Systemen, die selbst abhängig sind vom Wachstum der Wirtschaft, wie die Kranken- und Altersversicherung. Weil Wachstum das Motto und der Erfolgsmaßstab unserer Gesellschaft ist: „Weiter, schneller, mehr“. Burn-out ist oft individuell die Folge. Burn-out-Symptome zeigen sich auch gesellschaftlich. Raubbau ist nicht nachhaltig, weder im menschlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen noch ökologischen Bereich.

Um uns aus diesen Abhängigkeiten vom Wirtschaftswachstum zu lösen, müssen wir uns die einzelnen gesellschaftlichen Institutionen und Bereiche ansehen und überlegen, wie wir sie gestalten können

- ohne auf steigende Steuereinnahmen angewiesen zu sein, z.B. im öffentlichen Sektor von der Bundesebene bis zur Kommune
- ohne auf steigende Staatszuschüsse angewiesen zu sein; wie in der Krankenversicherung
- welche gesellschaftlichen Regelungen es braucht, damit Einkommen und Beschäftigung für alle erreicht werden; ohne die Hoffnung auf das Wirtschaftswachstum der Zukunft zu richten
- wie wir auch ohne ständigen Zuwachs an Gütern und Fernreisen ein interessantes, zufriedenes, ein erfülltes – und nicht nur mit Gütern und Events gefülltes – Leben führen können.

Konturen einer solchen Postwachstumsgesellschaft zeichnen sich ab. Ich möchte 5 Themenfelder kurz beleuchten:

1. Wirtschaft

Die Verteuerung von Energie und Ressourcen – über eine ökologische Steuerreform oder die Marktentwicklung wegen zunehmender Knappheiten – wird die Gewichte zwischen Globalisierung und Regionalisierung verschieben. Regionales Wirtschaften wird wichtiger, regionale Rohstoffe, Recycling und Kreislaufwirtschaft, regionale Wertschöpfungsketten und Kundenbeziehungen, langlebige, reparaturfähige Produkte, energieeffiziente und ressourceneffiziente Produkte und Dienstleistungen, und Dienstleistungen, die den Besitz von Produkten ersetzen können wie Car-Sharing.

2. Arbeit und Zeit

Da die Steigerung der Arbeitsproduktivität (die bedeutet, dass für die gleiche Produktionsmenge weniger Beschäftigte gebraucht werden) nicht mehr durch eine Erhöhung der Produktionsmenge d.h. durch Wachstum kompensiert werden, wird eine Politik der Arbeitszeitverkürzung den Beschäftigungsstand halten und ausbauen. Arbeitszeitverkürzungen in unterschiedlichen Formen und Modellen und – oberhalb eines bestimmten Mindesteinkommens – ohne Lohnausgleich. Das bedeutet für den Einzelnen:

- weniger Erwerbsarbeit
- weniger Erwerbseinkommen
- mehr freie Zeit.

Dieses Mehr an freier Zeit wird in unterschiedlichen Bereichen eingesetzt und auch gebraucht:

- Für Selbstversorgung und Eigenproduktion – vom Gärtnern bis zum Schreinern und anderen handwerklichen Tätigkeiten,
- für die Versorgung und Pflege, das Kümmern um andere. Es wird nicht möglich sein, alle Pflegearbeiten zu bezahlten Dienstleistungen werden zu lassen, weil es nicht finanzierbar ist. Es ist aber auch die Frage, ob dies wünschenswert ist, ob nicht Nachbarschaftsnetze, Mehrgenerationenhäuser, Alten-Wohngemeinschaften, eine Mischung aus öffentlicher und privater Unterstützung passendere Lebensformen in unterschiedlichen Lebens- und Familienphasen ermöglichen.
- Mehr Zeit um sich einzumischen und mitzumachen, in Initiativen und Projekten in Verbänden und in der Politik.
- Mehr freie Zeit als Freizeit, um die Bücher, die man hat, auch zu lesen, die CDs zu hören, sich mit Freunden zu treffen.

3. Konsum

Die Menge der Konsumgüter wird geringer sein, aber ihre Qualität besser, ihre Lebensdauer länger, ihre Reparaturfähigkeit höher. Wir werden von der Wegwerfgesellschaft wegkommen – heute werden ca. die Hälfte der Nahrungsmittel weggeworfen – zu einer Kultur der Achtsamkeit. Die Versorgung durch gekaufte Produkte wird durch getauschte und selbst hergestellte Güter ergänzt. Wenn Konsum nicht mehr der Wachstumsmotor der Wirtschaft sein muss, können wir uns auch wieder mehr konsumfreie Zonen leisten, in den Städten und im Fernsehen.

Auf der anderen Seite bedeutet ein geringerer individueller Konsum, dass öffentliche Räume, öffentliche Einrichtungen, öffentliche Verkehrsinfrastrukturen umso wichtiger sind – die Schwimmbäder, Büchereien, städtische Grünflächen, Jugendzentren. Auch neue öffentliche oder gemeinsam finanzierte Einrichtungen wie Grünflächen zum Gärtnern, Häuser der Eigenarbeit, wo Handwerkgeräte und Anleitungen da sind.

4. Bildung

In einer Postwachstumsgesellschaft, die keine konsumzentrierte Gesellschaft mehr ist, braucht es eine Neuorientierung der Bildung, wie sie sich auch in den Konzepten und Beispielen der Bildung für nachhaltige Entwicklung abzeichnet. Die Leere, die entsteht, wenn Konsum keine zentrale sinnstiftende Instanz der Gesellschaft mehr ist, muss durch Inhalte gefüllt werden, die es ermöglichen, ein sinnvolles, selbstbestimmtes und tätiges Leben zu führen. Dazu muss Bildung stärker die Förderung lebenspraktischer, musischer und handwerklicher Fähigkeiten während des gesamten Lebens einschließen und auch die Fähigkeit zu gesellschaftlicher Organisation und Partizipation muss gelernt werden.

5. Soziale Gerechtigkeit

Eine Postwachstumsgesellschaft wird eine sozial ausgeglichenerere Gesellschaft sein. Denn wenn das Versprechen, über höheres Wirtschaftswachstum sozialen Ausgleich zu erreichen, wegfällt, dann stellt sich die Verteilungsfrage in größerer Schärfe. Der Kuchen, der nicht mehr wächst, muss gerechter aufgeteilt werden. Empirische Untersuchungen in verschiedenen Industrieländern zeigen, dass geringere Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen zu einer größeren Zufriedenheit in den Gesellschaften – und zwar in allen Gesellschaftsschichten – führt.

Das waren jetzt Ausblicke auf eine Postwachstumsgesellschaft. In unserem Buch stellen die Autorinnen und Autoren detaillierte Konzepte für einzelne Bereiche vor, aber es bleiben viele Fragen offen, an denen es sich weiterzuarbeiten lohnt. Deshalb haben wir auch am Schluss unseres Buches eine Forschungslandkarte skizziert. Neben der Forschung ist aber die Praxis wichtig – in den Unternehmen, weil die z.B. nach Ökoprot arbeiten, in den Kommunen, die zusammen mit Bürgerinnen und Bürger neue Projekte des sozialen Zusammenlebens auf den Weg bringen und neue Formen von Mitbestimmung auch bei der Verteilung knapper kommunaler finanzieller Mittel erproben, wie in Bürgerhaushalten und Landesregierungen, die nicht nur erkannt haben, dass die Grenzen der ökologischen und die Grenzen der finanziellen Verschuldung erreicht sind sondern ihre Politik auch danach ausrichten. Und die keine ökologischen Grenzverletzungen, keine weiteren Verschuldungen für eine Wachstumspolitik eingehen.

Zum Schluss: Die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft steht an. Das bedeutet, die Begrenztheit des Planeten zu respektieren und die Anforderungen der Nachhaltigkeit als generationenübergreifender und weltweiter Gerechtigkeit. Dies bedeutet auch, sich aus der Fixierung auf das Wirtschaftswachstum zu lösen und zu überlegen, wie wir am besten die **alten** Ziele von Lebensqualität, sozialem Ausgleich und Zusammenhalt, wirtschaftlichem Wohlergehen und Erhalt der Natur auf **neuen** Wegen erreichen können. Eine solche Postwachstumsgesellschaft bedeutet kein Wachstums**verbot**: Denn gesamtwirtschaftliches Wachstum kann es innerhalb der ökologischen Grenzen geben, unternehmerisches Wachstum wird es bei Strukturwandel immer geben und gerade auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft braucht es Strukturwandel – aber es bedeutet: Kein Wachstums**gebot**. Vielleicht bedeutet dies Einschränkungen, vielleicht bedeutet es aber auch neue Freiheiten.